

Helfer auf beiden Seiten der Front

Der Syrische Rote Halbmond versucht, für alle Opfer des Bürgerkrieges da zu sein

Massaker an Schülern in Nigeria

Kano (AFP/nd). Mutmaßlich islamistische Extremisten haben in einer abgelegenen Schule in Nigeria über Nacht ein Massaker angerichtet und 42 Menschen umgebracht, die meisten davon Schüler. Laut Augenzeugen trieben die Angreifer ihre Opfer im Schlafgebäude zusammen, warfen Sprengsätze und eröffneten das Feuer, wie Krankenhausmitarbeiter am Samstag berichteten. Hinter der Attacke wird die islamistische Sekte Boko Haram vermutet.

16 afghanische Soldaten getötet

Kabul/Islamabad (dpa/nd). Bei Bombenanschlägen sind in Afghanistan mindestens 16 einheimische Soldaten getötet worden, teilte das Verteidigungsministerium am Samstag in Kabul mit. Die Anschläge ereigneten sich binnen 24 Stunden in den Provinzen Helmand, Kandahar, Paktika, Kunar, Kabul, Logar, Sabul und Baghlan. Mutmaßliche Extremisten griffen Sonntag in der südwestpakistanischen Provinz Balochistan Nachschubkonvois für die ausländischen Truppen in Afghanistan an.

Orthodoxe Juden an die Waffen

Jerusalem (dpa/nd). In Israel werden voraussichtlich bald auch ultraorthodoxe Juden Dienst an der Waffe leisten müssen. Das Kabinett unter Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu billigte am Sonntag einen entsprechenden Gesetzentwurf. Er sieht vor, dass pro Jahr nur noch 1800 Studenten in jüdischen Religionsschulen von der Wehrpflicht ausgenommen werden. Die Knesset, das israelische Parlament, muss dem Entwurf noch zustimmen.

Ausnahmestand in Mali aufgehoben

Bamako (AFP/nd). Ein halbes Jahr nach seiner Verhängung ist der Ausnahmestand in Mali aufgehoben worden. Dies teilte das Sicherheitsministerium in dem westafrikanischen Land am Samstag mit. Hintergrund ist der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl am 28. Juli, der Sonntag begann. Seit dem 12. Januar, einen Tag nach Beginn einer französischen Militärintervention gegen Islamisten im Norden des Landes, waren unter anderem alle öffentlichen Zusammenkünfte und Proteste verboten worden.

Solarflugzeug überflog die USA

New York (AFP/nd). Das sonnenkraftbetriebene Flugzeug »Solar Impulse« hat seinen Überflug der USA erfolgreich vollendet: Die Einmann-Maschine landete in der Nacht zu Sonntag auf dem Flughafen JFK in New York. Wegen eines 2,50 Meter langen Risses an der Unterseite des linken Flügels landete der aus Washington kommende Flieger etwas früher als geplant. Der Luftraum zwischen Washington und New York gehört zu den am dichtesten genutzten Flugräumen der Welt, die »Solar Impulse« sollte keine Turbulenzen verursachen.

Stierhatz in Pamplona unter Protest

Pamplona, (AFP). Im spanischen Pamplona hat am Samstag das traditionelle San-Fermín-Fest mit seinen berühmt-berüchtigten Stierrennen begonnen. Sie wurden begleitet von Protesten der Tierschutzorganisation PETA. Während des neuntägigen Festes werden jeden Morgen vor allem Jugendliche durch die Gassen Pamplonas flitzen – verfolgt von schnaubenden Stieren. Das fest gibt es seit 1951.

● Was ist derzeit die größte Herausforderung für SARC in Syrien?

Es hat sich herausgestellt, dass diese Krise länger andauert als gedacht und wir mehr Unterstützung brauchen. Bisher unterstützen wir 1,5 Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe. Es gibt aber mehr als fünf Millionen Menschen, die Hilfe bräuchten. Und die Zahl derjenigen, die von der Krise betroffen sind, beträgt mehr als zwölf Millionen. Das schwierigste Problem ist, die Inlandsvertriebenen zu erreichen. Manchmal ziehen sie zwei- oder dreimal in neue Unterkünfte, das macht es für uns schwer, sie zu versorgen.

● Kooperiert SARC mit anderen internationalen Organisationen in Syrien?

Wir arbeiten mit dem Welternährungsprogramm, mit dem UN-Hilfswerk für Flüchtlinge, mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und mit der Föderation der Rotkreuz-/Rothalbmondgesellschaften zusammen und erhalten von dort auch Hilfe. Aber es reicht nicht. Wir können nur weniger als 40 Prozent dessen leisten, was mindestens nötig wäre.

● Was behindert Ihre Arbeit besonders?

Schwierig ist es, regelmäßig Hilfe zu leisten. Oft sind die Transportwege nicht sicher. Dann haben wir Mühe, die Menschen, die Hilfe brauchen, überhaupt zu erreichen. Beide Seiten der Front in Syrien machen uns das Leben schwer. Bei der Regierungsseite haben wir mit der Armee wenigstens eine gleichbleibende Ansprechpartnerin. Auf der anderen



Abdul Rahman Attar ist Präsident des Syrischen Arabischen Roten Halbmondes (SARC). Die humanitäre Organisation wurde 1942 gegründet. Mit ihm sprach in Damaskus **Karin Leukefeld**.

Foto: Karin Leukefeld

Seite ist das bedeutend schwieriger. Denn wir haben es da mit zehn, zwölf oder mehr Parteien zu tun. Über den Zugang zu den Hilfsbedürftigen zu verhandeln, sollte nicht unsere Sache als SARC sein. Das sollten das IKRK oder die Vereinten Nationen tun. Darum sind wir sehr auf sie angewiesen. Wir arbeiten hart. Es ist unsere Aufgabe, alle hilfsbedürftigen Menschen im ganzen Land zu versorgen.

● SARC arbeitet ja vor allem mit Freiwilligen.

Wir brauchen auf jeden Fall mehr Festangestellte. Vor allem in den Niederlassungen brauchen wir mehr Mitarbeiter. Die Freiwilligen sind jung, und manche von ihnen haben ihre Erwerbsarbeit verloren. Sie sollten durch SARC eine Neuanstellung, einen finanziellen Ausgleich erhalten. Darüber sind wir mit unseren Partnern wie dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) oder dem Norwegischen Roten Kreuz im Gespräch. Lokal arbeiten wir mit mehr als 60, international mit zwölf Organisationen zusammen. Sie kommen aus Norwegen, aus Spanien, aus Amerika. Aus Deutschland sind es das DRK und HELP.

punkte machen es schwer, die Menschen zu erreichen. In manchen Gebieten haben wir keinen Zugang, aber das liegt eben nicht an uns. Einige ausländische Organisationen arbeiten grenzübergreifend. Das ist formal ein Verstoß gegen die international vereinbarten Prinzipien der Föderation. Es ist sogar schon vorgekommen, dass Vertreter ausländischer Organisationen unsere Freiwilligen bedroht und davor gewarnt haben, in die von ihnen kontrollierten Gebiete zu kommen.

● Es gibt Forderungen der Auslandsopposition, keine Hilfsgelder mehr an Damaskus zu geben, sondern ausschließlich an die Gruppen, die – wie Sie sagen – grenzüberschreitend arbeiten.

Ich bin im Vorstand der Föderation in Genf und seit mehr als 35 Jahren Präsident des SARC. Es gibt Prinzipien der Föderation, und die besagen, dass humanitäre Hilfe durch die nationale Gesellschaft, in diesem Fall also über uns, verteilt wird. SARC hat 14 Niederlassungen im ganzen Land, die wieder-

rum haben 80 angeschlossene Zentren, mit allen arbeiten wir zusammen. Die Leute, die im Ausland in irgendwelchen Hotels sitzen, können nichts darüber sagen, wie die Freiwilligen hier vor Ort arbeiten.

Wir haben 20 Mitarbeiter in dieser humanitären Mission verloren. Ihr Tod belegt auf tragische Weise ihre Unabhängigkeit und ihre Entschlossenheit, den Menschen zu helfen.

● Hat SARC wegen derartiger Forderungen weniger Hilfsgelder erhalten?

Wir haben uns das Vertrauen der UNO erworben oder vielleicht auch zurückgewonnen mit unserer Arbeit. Wir arbeiten mit all diesen Organisationen, die ich genannt habe. Sie wissen, wie sehr wir der Hilfe für die Menschen im ganzen Land verpflichtet sind. Die humanitäre Hilfe sollte von politischen Interessen getrennt werden. Eines muss ich allerdings sagen: Von keinem arabischen Staat haben wir bisher humanitäre Hilfe erhalten; mit einer Ausnahme: Irak.

Keine Einigung in der UNO

Der UN-Sicherheitsrat hat sich nach tagelangen Verhandlungen erneut nicht auf eine Stellungnahme zur Lage in Syrien einigen können. Russland stimmte gegen einen Textentwurf Australiens und Luxemburgs, wie Diplomaten in New York sagten.

Die beiden Länder hatten erreichen wollen, dass der Sicherheitsrat zur Hilfe für die Zivilisten in der heftig umkämpften Stadt Homs aufruft. UN-Menschenrechtskommissarin Navi

Pillay äußerte sich »extrem besorgt« über das Schicksal der Menschen angesichts der Ende Juni begonnenen Offensive der Regierungstruppen gegen die Rebellen in Homs.

Ein Sprecher Russlands erklärte, die Vorschläge Moskaus seien komplett ignoriert worden. In einem russischen Entwurf war die Forderung nach Zugang zu Homs sowie den Städten Nubul und Sahara erhoben worden. Zudem hieß es, allen Zivilisten

müsse erlaubt werden, diese Städte zu verlassen. Der Sprecher Russlands sagte weiter, die Zivilisten in Homs würden von »terroristischen Gruppen« festgehalten, die sie als menschliche Schutzschilde missbrauchten.

Die syrische Oppositionsplattform Nationale Koalition bestimmte am Samstag den von Saudi-Arabien unterstützten Juristen und Geschäftsmann Ahmed Assi al-Dscharba zu ihrem Präsidenten. *AFP/dpa*

Weißer Rauch und dunkle Wolken

Politische Pirouetten beenden Regierungskrise in Portugal – vorerst

Von Dominic Heilig, Porto

Vier Tage hielt die Krise der rechtskonservativen Koalition in Portugal an. Samstagabend wurde sie vom Ministerpräsidenten Pedro Passos Coelho (PSD) für beendet erklärt. Ihm zur Seite stand Ex-Außenminister Paulo Portas (CDS-PP) und sagte: Nichts!

Am frühen Samstagabend versammelten sich die Menschen in Portugal vor den Fernsehern. Anlass war die Pressekonferenz von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho (PSD). Auf dieser, so war im Vorfeld zu hören, sollte über die Zukunft der rechtskonservativen Regierungskoalition informiert werden. Zuvor glaubte kaum einer in dem von der Wirtschafts- und Sozialkrise geschüttelten Land an einen Fortbestand, nachdem der Vorsitzende der rechtspopulistischen Volkspartei (CDS-PP), Paulo Portas, dem Juniorpartner in der Koalition, als Außenminister zurückgetreten war.

Mit einiger Verzögerung trat um 19.39 Uhr der Passos Coelho mit ernster Miene vor die Mikrofone der wartenden Journalisten. Die erste Überraschung an diesem Abend: Er wurde begleitet von seinem Ex-Minister und Noch-Koalitionspartner Paulo Portas, der rechts von Passos Coelho Aufstellung nahm. Portas sollte in den etwa 20 Minuten der Pressekonferenz kein einziges Wort verlieren. Er assistierte in regungsloser Haltung.

»Verpflichtung der Regierung ist die Gewährleistung von Stabilität und daher die Lösung der Krise«, begann Passos Coelho und fuhr ohne Floskeln fort: »Ich habe vorgeschlagen, dass Paulo Portas fortan als Vizepremier und Wirtschaftsminister in der Regierung tätig sein wird. Ich habe weiterhin

vorgeschlagen, dass Maria Luis Albuquerque weiterhin Finanzministerin bleibt. Portugal hat eine stabile Regierung.« Die beiden Vorschläge seien sowohl von Portas als auch von Präsident Aníbal Cavaco Silva (PSD) akzeptiert worden. Pikant an dieser Personalrochade ist, neben dem Wechsel von Portas vom Außen- in das Wirtschaftsministerium, dass auch Albuquerque bleiben darf. Die Erinnerung der umstrittenen Politikerin Anfang vergangener Woche war als offizieller Grund für Portas' Demission genannt worden.

Wer dachte, dass in diesem Moment alles gesagt sei, rieb sich wenig später Augen und Ohren. Denn der Ministerpräsident ging trotz der massiven Rücktrittsforderungen der Opposition sogar in die Offensive. »Jetzt wird ein neu-

es Kapitel in der Geschichte Portugals aufgeschlagen. 2014 wird das Land seine finanzielle Souveränität wiedererlangen. Dafür werden Paulo Portas und ich«, so Passos Coelho, »ein politisches Programm vorlegen, das Wachstum fördert und Arbeitslosigkeit beseitigt.«

Was dieses Programm beinhalten soll, ließ er offen. Klar ist, dass es für beide Parteien die inhaltliche Grundlage in den bevorstehenden Europawahlen sein wird. Eben noch zerstritten und in Auflösung begriffen, wollen nun beide Partner gemeinsam in den Wahlkampf ziehen. Weißer Rauch also, doch so recht glauben möchte niemand den selig machenden Versprechungen des Regierungschefs. So hinterlässt diese Woche mit zwei Ministerrücktritten, Neu-

wahlgerüchten sowie –forderungen und der Flucht des Regierungschefs nach vorne ratlose Bürger zurück.

Marisa Matias, Europa-Abgeordnete des Linksblocks (Bloco do Esquerda) kommentierte: »Diese drei Herren, Portas, Passos Coelho und Staatspräsident Cavaco Silva, haben offensichtlich die Realität verloren und vergessen, wer in diesem Land wirklich entscheidet. Es sind die Menschen und nicht drei Männer über Nacht hinter verschlossenen Türen.«

Die Pirouetten der Rechtskoalition zeigen aber vor allem eines: Der Druck der Banken und der Troika, diese Koalition auf Teufel komm raus am Leben zu erhalten, ist groß. So bleibt der Himmel wolkenverhangen dunkel über Portugal.



Kundgebung mit den Zeichen der Revolution in Belem

Foto: dpa/Pedro Punes

Zwei Tote bei Bruchlandung

305 Überlebende nach Flug Seoul - San Francisco

San Francisco (dpa/nd). Bei der Bruchlandung eines südkoreanischen Verkehrsflugzeugs in San Francisco sind zwei junge Chinesinnen ums Leben gekommen. Alle 305 anderen Menschen an Bord überlebten nach US-Angaben das Unglück vom Samstag. Die Unglücksursache war am Sonntag noch unbekannt. Das Flugzeug war nach einem zehnstündigen Direkt-Flug von Seoul auf der Landebahn in San Francisco aufgeschlagen.

Die beiden Toten seien nach dem Unglück außerhalb des Flugzeugs auf der Landebahn gefunden worden, sagte Feuerwehrchefin Joanne Hayes-White laut CNN. Nach Angaben des Präsidenten der Asiana Airlines, Yoon Young-doo, handelte es sich um zwei Chinesinnen im Teenager-Alter.

Die Bilder von der Unglücksstelle waren erschreckend. Die Maschine lag mit aufgerissener und verbrannter Kabinendecke auf dem Rollfeld, das Heck des Flugzeugs war abgebrochen. Trümmerteile lagen weit über die Landebahn verstreut. Auf der linken Seite waren zwei Notrutschen zu sehen, über die sich die meisten Passagiere aus dem brennenden Wrack retten konnten.

Nach dem Unglück wurden laut CNN 182 Menschen in Krankenhäuser gebracht, einige wegen schwerer Verletzungen, andere nur zur Untersuchung. Insgesamt seien 291 Passagiere und 16 Besatzungsmitglieder an Bord gewesen, niemand werde mehr vermisst. Unter den Passagieren der Boeing 777-200 seien 61 US-Amerikaner, 77 Südkoreaner, 141 Chinesen und ein Japaner, teilte die Fluggesellschaft mit.